



Detailansicht des Registereintrags

Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. (GFF)

Aktuell seit 24.09.2026 10:10:17

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001802
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	24.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	06.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Boyenstr. 41 10115 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493054908100 E-Mail-Adressen: info@freiheitsrechte.org Webseiten: www.freiheitsrechte.org

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

3.970.001 bis 3.980.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,40

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Nora Markard M.A.**
Funktion: Mitglied des Vorstands
2. **Prof. Dr. Boris Burghardt**
Funktion: Mitglied des Vorstands
3. **Dr. John Philipp Thurn**
Funktion: Mitglied des Vorstands
4. **Prof. Dr. Dana-Sophia Valentiner**
Funktion: Mitglied des Vorstands
5. **Felix Reda**
Funktion: Mitglied des Vorstands
6. **Prof. Dr. Leonie Steinl LL.M. (Columbia)**
Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (16):

1. **Dr. Bijan Moini M.A.**
2. **Sarah Lincoln**
3. **Joschka Selinger**
4. **David Werdermann**
5. **Jürgen Bering LL.M.oec. LL.M. (NYU)**
6. **Soraia Da Costa Batista**
7. **Dr. Benjamin Lück**
8. **Kai Dittmann**
9. **Franziska Görlitz**
10. **Laura Kuttler**
11. **Luzie Neyenhuys**
12. **Dr. Simone Ruf**
13. **Mareile Dedekind**
14. **Helene Hahn**
15. **Dr. Steiner Johanna**
Tätigkeit bis 03/25:
Abgeordnetenmitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

16. **Malte Spitz**

Tätigkeit:

Mitglied des Nationalen Normenkontrollrats

Nationaler Normenkontrollrat (NKR)

Gesamtzahl der Mitglieder:

36 Mitglieder am 02.07.2026, davon:

33 natürliche Personen

3 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (7):

1. European Digital Rights (EDRi)
2. Civil Liberties Union for Europe (Liberties)
3. Bündnis F5
4. Forum Menschenrechte
5. Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung
6. NOYB - Europäisches Zentrum für digitale Rechte
7. COMMUNIA - International Association for the Public Domain

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabensbereiche

Interessen- und Vorhabensbereiche (35):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Menschenrechte; Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Cybersicherheit; Kriminalitätsbekämpfung; Terrorismusbekämpfung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Meinungs- und Pressefreiheit; Urheberrecht; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Wohnen; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Grundsicherung; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. (GFF) ist eine spendenfinanzierte Organisation, die Grund- und Menschenrechte mit juristischen Mitteln verteidigt. Der Verein fördert Demokratie und Zivilgesellschaft, schützt vor unverhältnismäßiger Überwachung sowie digitaler Durchleuchtung und setzt sich für gleiche Rechte und die soziale Teilhabe aller Menschen ein. Dazu führt die GFF strategische Gerichtsverfahren, geht mit Verfassungsbeschwerden gegen grundrechtswidrige Gesetze vor und bringt sich mit ihrer juristischen Expertise in gesellschaftliche Debatten ein. Bei diesem Einsatz für das demokratische Staatswesen sprechen wir auch politische

Entscheidungsträger*innen direkt an, versenden Studien, Stellungnahmen und Gesetzesentwürfe, nehmen an Anhörungen teil oder laden zu eigenen Veranstaltungen ein.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. Gesetz gegen digitale Gewalt

Beschreibung:

Neue Maßnahmen zur Bekämpfung digitaler Gewalt und insbesondere eine Regelung zu gerichtlich angeordneten Accountsperrern. Wir legen den Fokus darauf, ein datensparsames und effektives Mittel gegen digitale Gewalt einzuführen und dabei das Recht auf Anonymität nicht zu gefährden. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein die Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, unterstützend sowie eigeninitiativ zu stärken.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Stärkung des zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutzes vor digitaler Gewalt (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 17.04.2026

Federführendes Ministerium: [BMJV](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Meinungs- und Pressefreiheit [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605260022** (PDF - 50 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.05.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[\[alle SG dorthin\]](#)

2. Positionierung Deutschlands zur Chatkontrolle-Verordnung

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll dazu bewogen werden den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern abzulehnen.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#);
Meinungs- und Pressefreiheit [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Datenschutz im Bundesdatenschutzgesetz stärken

Beschreibung:

Einführung eines Verbot biometrischer Massenüberwachung, etwa durch automatisierte Gesichtserkennung in der Strafverfolgung

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/10859 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMI \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[BDSG 2018](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406240116](#) (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

4. Verbesserung der Situation des e-Lending

Beschreibung:

Urheberrechtliche Absicherung von Bibliotheken nicht nur für das Ausleihen physischer Bücher, sondern auch für das Ausleihen von elektronischen Büchern.

Betroffenes geltendes Recht:

[UrhG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Urheberrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Grundrechtsschutz und Einführung der Bezahlkarte

Beschreibung:

Schriftliche Stellungnahme vor dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zu zwei Anträgen von Fraktionen im Deutschen Bundestag mit einer verfassungsrechtlichen Bewertung der Einführung der Bezahlkarte, der Ausweitung von Sanktionen nach § 1a AsylbLG und der Ausweitung des Bezugszeitraumes der niedrigeren Leistungen nach dem AsylbLG von 18 auf 36 Monate

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9740 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Leistungen für Asylbewerber senken - Rechtliche Spielräume nutzen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/4051 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Sozialstaatsmagnet sofort abstellen - Ende des Rechtskreiswechsels für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Einführung eines strengen Sachleistungsprinzips für Asylbewerber

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406240117 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

6. Demokratieschutz in der Gemeinnützigkeitsrechtsreform**Beschreibung:**

Die GFF setzt sich für die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ein. Ziel ist es, zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Rolle zu stärken und rechtlich abzusichern. Konkret sollen neue gemeinnützige Zwecke wie Engagement für Grund- und Menschenrechte anerkannt werden. Politische Betätigung zur Erreichung gemeinnütziger Ziele soll nicht eingeschränkt sein. Zudem soll das Engagement bei besonderen Anlässen rechtlich abgesichert und die Beweislastumkehr in der Verfassungsschutzklausel abgeschafft werden. Eine europaweite Zusammenarbeit gemeinnütziger Organisationen soll ebenfalls gestärkt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 369/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12780 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2408150010 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

7. Schutz von Grundrechten im Digitale-Dienste-Gesetz**Beschreibung:**

Schriftliche Stellungnahme für den Deutschen Bundestag zur Ausgestaltung des Digitale Dienste Gesetzes mit einer starken und gut ausgestatteten Koordinierungsstelle für die Interessen von Nutzer*innen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10031 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

DDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

8. Recht auf Open Data / Transparenzgesetz**Beschreibung:**

Der Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung verspricht ein (Bundes-) Transparenzgesetz mit einem Rechtsanspruch auf Open Data. Beides sind zentrale Forderungen der Zivilgesellschaft und es steht zu befürchten, dass ohne fortwährenden zivilgesellschaftlichen Druck die Koalition nicht rechtzeitig eine Einigung für ein solches Gesetz erzielt. Damit das Transparenzgesetz tatsächlich eine Verbesserung darstellt, müssen einige inhaltliche Bedingungen erfüllt sein, darunter eine Ausweitung des Anwendungsbereiches und der Abbau von Ausnahmen, insbesondere Bereichsausnahmen.

Betroffenes geltendes Recht:

IFG [alle RV hierzu]; VIG [alle RV hierzu]; UIG 2005 [alle RV hierzu]; EGovG [alle RV hierzu]; DNG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

9. Übermittlungspflicht bei Menschen ohne Papiere

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll dazu bewegt werden, ihr Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen: Die Meldepflichten von Menschen ohne Papiere sollen überarbeitet werden, damit Kranke nicht davon abgehalten werden, sich behandeln zu lassen.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

10. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

Beschreibung:

Einsatz für diverse Anpassungen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, um einen effektiven Diskriminierungsschutz zu gewährleisten.

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606300148 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.04.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und
Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

11. Betroffenenschutz im Bundesmeldegesetz stärken

Beschreibung:

Die niedrigen Anforderungen für eine Auskunftserteilung und die gleichzeitig zu hohen Hürden für die Eintragung einer Auskunftssperre schaffen ein großes Missbrauchspotenzial und verletzen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und den Grundsatz der Datenminimierung (Art, 5 Abs. 1 lit. c DSGVO).

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 236/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesmeldegesetzes (3. BMGÄndG)
Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

12. Grundrechtsschutz im Abstammungsrecht

Beschreibung:

Begleitung des Koalitionsvorhaben zur Modernisierung des Familienrechts. Ziel ist es zu erreichen, dass auch Kinder in Regenbogenfamilien bereits zum Zeitpunkt der Geburt ein zweites rechtliches Elternteil haben können.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]

13. Stärkung von Betroffenenrechten im Entgelttransparenzgesetz

Beschreibung:

Begleitung der Umsetzung der europäischen Entgelttransparenzrichtlinie in Deutschland. Einsatz gegen Lohndiskriminierung.

Betroffenes geltendes Recht:

EntgTranspG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#)

14. Stärkung von Grundrechten im Selbstbestimmungsgesetz**Beschreibung:**

Begleitung und Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetz, Einsatz für Trans, inter und nicht-binäre Menschen sowie Menschen ohne Geschlecht, um ihren Geschlechtseintrag und Vornamen unbürokratisch und selbstbestimmt korrigieren lassen zu können.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/11004 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/9049 - Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Geschlechterpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

15. Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems**Beschreibung:**

Mit den Änderungen des Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems werden die Grundrechte geflüchteter Menschen verletzt. So wird der Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum mit den geplanten Verschärfungen beim Leistungsausschluss ausgehöhlt. Künftig sollen Menschen, die sich in Deutschland aufhalten, für deren Asylverfahren aber ein anderer EU-Staat zuständig ist, keine Sozialleistungen mehr erhalten, sobald ihre Abschiebung angeordnet wurde. Die Verschärfungen lassen eine gewissenhafte Abwägung von Grundrechten vermissen und berücksichtigen an vielen Stellen nicht die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie höherrangiges Recht.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/12805 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylbLG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [AufenthG 2004](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [AsylVfG 1992](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

16. Gesetz zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung**Beschreibung:**

Es zeugt von tiefem Misstrauen gegenüber der Bevölkerung, alle Menschen zu verdächtigen und sie in weiten Teilen des öffentlichen Raums dem Risiko auszusetzen, von der Polizei angehalten, befragt und durchsucht zu werden. Eine Befugnis zu anlasslosen Kontrollen

leistet auch Missbrauch und Racial Profiling Vorschub. Die geplanten Verschärfungen lassen eine gewissenhafte Abwägung von Grundrechten vermissen und berücksichtigen an vielen Stellen nicht die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie höherrangiges Recht.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/12806 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung

Betroffenes geltendes Recht:

WaffG 2002 [alle RV hierzu]; BGSg 1994 [alle RV hierzu]; BKAG 2018 [alle RV hierzu];

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Kommunikations- und

Informationstechnik [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu];

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Terrorismusbekämpfung [alle RV hierzu]

17. Einführung einer Sozialwohnungsquote

Beschreibung:

Wir haben einen Reformvorschlag mit der Sozialwohnungsquote am Beispiel von Berlin entwickelt.

Interessenbereiche:

Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2605260025 (PDF - 22 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2606300145 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

3.040.001 bis 3.050.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. Stiftung Mercator

Betrag: 630.001 bis 640.000 Euro

Förderung für die Koordinationsarbeit des Bündnisses F5, des Center for User Rights und des Projekts "Recht effektiv - für gleichen Zugang zum Recht" beantragt

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Ges-f-Freih-rechte-e-V_-Bericht-JAP-31-12-2025_sign.pdf